



# BÜNDNIS SOZIALES BERLIN

*Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Kandidierende zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhaus, sehr geehrte Damen und Herren,*

wir, das Bündnis für ein soziales Berlin, wenden uns mit diesem offenen Brief an Sie, weil aktuell unter dem Deckmantel der Effizienzsteigerung auf Bundesebene im Verborgenen drastische Leistungseinschränkungen im Sozialen verhandelt werden<sup>1</sup>. Diese bedeuten auch in Berlin gravierende Einschnitte im Sozial-, Pflege-, Jugend- und Bildungsbereich – für die soziale Infrastruktur unserer Stadt, für die dort Beschäftigten und vor allem für die Menschen, die auf diese Unterstützung angewiesen sind.

Die drohenden Einschnitte treffen nicht abstrakte Strukturen, sondern konkrete Lebensrealitäten. Sie betreffen Kinder und Familien, Menschen mit Behinderungen, Geflüchtete, Wohnungslose, Senior:innen sowie psychisch erkrankte Menschen. Für viele von ihnen bedeutet der Abbau sozialer Angebote nicht nur eine Verschlechterung der Lebensbedingungen, sondern den Verlust grundlegender Möglichkeiten zur gesellschaftlichen Teilhabe.

Darüber hinaus drohen langfristig gravierende gesellschaftliche Folgewirkungen – eine Verschärfung sozialer Ungerechtigkeit, ein weiteres Erodieren des Vertrauens in staatliche Institutionen und damit eine Schwächung des sozialen Zusammenhalts sowie demokratischer Stabilität.

<sup>1</sup> [https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user\\_upload/Publikationen/doc/paritaetischer\\_drohender-kahtschlag-2026.pdf](https://www.der-paritaetische.de/fileadmin/user_upload/Publikationen/doc/paritaetischer_drohender-kahtschlag-2026.pdf)

Soziale Infrastruktur ist keine freiwillige Leistung, es gibt einen gesetzlichen Anspruch. Sie ist Voraussetzung für Chancengleichheit, Bildungserfolg, Integration, Inklusion und gesellschaftlichen Zusammenhalt. **Wer hier kürzt, verschiebt Probleme nicht – er verschärft sie.** Die Folgekosten werden ungleich höher sein als die kurzfristigen Einsparungen.

Freie, gemeinnützige Träger leisten gemeinsam mit dem öffentlichen Dienst täglich unverzichtbare Arbeit. Sie setzen verbindliche Rechtsansprüche auf Leistungen der Sozialgesetzbücher um, sie bieten flächendeckende Angebote, gewährleisten fachliche Qualität und erreichen Menschen, die sonst keinen Zugang zu Unterstützung hätten. Diese Arbeit braucht verlässliche Rahmenbedingungen – keine kurzfristige Projektlogik, keine unsichere Finanzierung, keine strukturelle Benachteiligung gegenüber dem öffentlichen Dienst.

Wir fordern Sie daher mit Nachdruck auf:

## **1. Verlässliche und bedarfsgerechte Finanzierung sichern**

Berlin braucht eine dauerhaft verlässliche, bedarfsgerechte Finanzierung der sozialen Infrastruktur. Freie, gemeinnützige Träger müssen langfristig planen können, damit soziale



<https://buendnissoziales.berlin>

Angebote flächendeckend bereitgestellt, die Qualität bedarfsgerecht sichergestellt und das Personal gehalten werden kann.

## 2. Langfristigkeit statt Projektlogik

Bewährte soziale Angebote müssen aus kurzlaufenden Projektfinanzierungen herausgelöst und dauerhaft institutionell gefördert werden. Das schafft Sicherheit für Beschäftigte und Verlässlichkeit für die Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind – und stärkt damit unsere Gesellschaft insgesamt.

## 3. Gleiches Geld für gleiche Arbeit – fair und tarifgerecht

Alle Beschäftigten in der sozialen Infrastruktur müssen tarifgerecht und gleichwertig entlohnt werden. Die Finanzierung sozialer Leistungen ist so auszugestalten, dass tarifliche Entwicklungen vollständig berücksichtigt werden und bei den Beschäftigten ankommen.

## 4. Qualität sichern – partnerschaftlich und wirksam

Qualitätssicherung, Transparenz und Wirkungsüberprüfung sollen sinnhaft, verhältnismäßig und im partnerschaftlichen Dialog erfolgen. Vertrauen in die Expertise freier Träger, Bürokratieabbau und fachliche Weiterentwicklung gehören zusammen.

## 5. Beteiligung, Austausch und gemeinsame Verantwortung stärken

Um diese Ziele zu erreichen, braucht es regelmäßige, bereichsübergreifende Austauschformate zwischen Senatsverwaltungen, Trägern, Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften.

Sehr geehrte Abgeordnete, sehr geehrte Kandidierende zur Wahl des Berliner Abgeordnetenhaus, sehr geehrte Damen und Herren,

stagnierende Sozialbudgets in Landes- und

Bezirkshaushalten bedeuten faktisch Kürzungen: Wenn Tarifsteigerungen, Inflation sowie wachsende Energie- und Mietkosten nicht ausgeglichen werden, geraten Träger unter Druck und müssen Angebote reduzieren – zu Lasten der Menschen, die darauf angewiesen sind.

Damit soziale Infrastruktur verlässlich bleibt, müssen nicht nur die öffentliche Hand, sondern auch die sozialen Träger in die Lage versetzt werden, steigende Kosten abzufedern. Solche haushaltspolitischen Entscheidungen haben weitreichende Folgen. Es geht eben nicht nur um Zahlen im Haushaltsplan, sondern um die Frage, in was für einer Stadt wir leben wollen.

Eine Stadt, in der Unterstützung verlässlich ist.  
Eine Stadt, in der Teilhabe möglich bleibt.  
Eine Stadt, die niemanden zurücklässt.

Wir, das Bündnis für ein soziales Berlin, sind ausdrücklich bereit, diesen Weg im Dialog mit Ihnen zu gestalten. Wir stehen für Gespräche, für konstruktive Lösungen und für eine gemeinsame Verantwortung für die soziale Zukunft dieser Stadt.

Wir bitten Sie zu unseren Forderungen Stellung zu nehmen und Position zu beziehen. Ihre Antworten werden wir veröffentlichen.

Wir appellieren an Sie: Übernehmen Sie Verantwortung und verhindern Sie Kürzungen, die den sozialen Zusammenhalt nachhaltig gefährden. Investieren Sie stattdessen in die Zukunft dieser Stadt und ihrer Menschen.

Mit freundlichen Grüßen

Bündnis Soziales Berlin

<https://buendnissoziales.berlin>

